



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Frau Vorsitzende
Tabea Rößner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
adi@bundestag.de

DER STAATSEKRETÄR

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

15. September 2022

Versand per E-Mail

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PRStS		Andreas Sackreuther Andreas.Sackreuther@mastd.rlp.de	0(6131) 16 – 4485 0(6131) 1617 - 4485

Stellungnahme zur Anhörung „Gigabitstrategie“ am 19. August 2022 Ausschuss für Digitales des Deutschen Bundestags

Staatssekretär Fedor Ruhose, Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz; CIO und CDO des Landes Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit im Rahmen Ihrer Anhörung zur Gigabitstrategie der Bundesregierung die Perspektive des Landes Rheinland-Pfalz einbringen zu dürfen.

Der Ausbau der digitalen Netze ist für unsere Wissensgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Die besonderen Herausforderungen haben wir alle im Zuge der Corona-Pandemie sehr anschaulich erlebt. Wir haben aber auch erlebt, dass schon vieles möglich ist, dass Digitalisierung in vielen Bereichen funktioniert und gelingt, dass es aber auch noch etliche Bereiche gibt, in denen wir alle zusammen, jeder in seinem Bereich und in seiner Verantwortung, noch besser werden müssen.

Seit dem Jahr 2015 und damit dem Start der kombinierten Bundes- und Landesförderung sowie der Unterstützung durch die kommunale Seite, konnten in Rheinland-Pfalz 50 Förderprojekte auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte initiiert werden, die sich in unterschiedlichen Stadien der Umsetzung befinden. Allein durch diese Projekte werden 128.419 Haushalte, 14.101 Firmen, 988 Schulen und 12.636 Öffentliche Institutionen, die bis dato als unterversorgt galten, mit schnellem Internet versorgt werden. Waren vor Start der kombinierten Förderung im Sommer 2015 erst in 16 Ortsgemeinden des Landes FTTB-Anschlüsse verfügbar,



wird sich die Anzahl auf voraussichtlich 1.797 Ortsgemeinden nach Abschluss der Ausbauprojekte erhöhen. Insgesamt werden allein durch die Förderprojekte über 13.339 Kilometer Glasfaser neu verlegt.

Der Ausbau der digitalen Netze – egal ob eigenwirtschaftlich oder gefördert - erfordert ein gemeinsames Vorgehen aller Akteure. In Rheinland-Pfalz leben wir diesen dialogorientierten Ansatz seit vielen Jahren erfolgreich. Mit der Gründung des Runden Tisches Breitband im Jahr 2013 und des Netzbündnisses für Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 waren wir einer der Vorreiter bei der Etablierung dauerhafter und partnerschaftlicher Dialogformate zwischen Land, Telekommunikations-Branche (TK-Branche), deren Verbänden, den Kammern und kommunalen Spitzenverbänden. Auch die Einsetzung von Breitbandkoordinatoren in den Landkreisen und kreisfreien Städten durch die kommunale Seite und der enge Austausch mit ihnen sind wesentliche Bausteine.

Wie gut und tragbar dieses Miteinander ist, haben wir zuletzt ganz konkret im Zuge der Flutkatastrophe erlebt, die im Juli des vergangenen Jahres das rheinland-pfälzische Ahrtal aufs Schlimmste betroffen hat. Innerhalb kürzester Zeit konnten die Mobilfunknetze wieder online gebracht werden. Der Wiederaufbau der Festnetzinfrastruktur ausschließlich mit Glasfaser ist in vollem Gange. Das alles geschieht nahezu vollständig eigenwirtschaftlich durch die TK-Branche. Dafür auch an dieser Stelle meinen Dank.

Es ist dieses Mit- und Füreinander, das wir auch zukünftig benötigen, um den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser und eine Verdichtung der Mobilfunknetze in Deutschland und Rheinland-Pfalz bewerkstelligen zu können.

Die jüngst veröffentlichte Gigabitstrategie der Bundesregierung liefert hierfür meines Erachtens eine gute Grundlage. Als Land Rheinland-Pfalz hatten wir auf unterschiedlichen Ebenen die Möglichkeit, zur Entstehung der Gigabitstrategie konstruktiv und manchmal auch kritisch beizutragen. Denn insbesondere in der Frage, wie die Förderung der sogenannten Grauen Flecken ab dem 1. Januar 2023 ausgestaltet werden soll, hat sich im vergangenen halben Jahr eine rege und konstruktive Diskussion zwischen Bund, Ländern, kommunalen Vertreterinnen und Vertretern sowie der TK-Branche entwickelt.

Vor allem Fragen nach dem Für und Wider einer Priorisierung, der Wirkung von Potenzialanalysen und der Belastbarkeit von Ausbauzusagen und entsprechender Datenlieferungen führten zu intensiven Diskussionen zwischen den Beteiligten. Das zeigt auch Ihr Fragenkatalog zu dieser Anhörung deutlich.

In verschiedenen Sitzungen und unterschiedlicher Zusammensetzung diskutierten Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände und Branchenvertreter über die zukünftige Ausgestaltung



der Graue-Flecken-Förderung. Die Ausführungen der Länder haben letztlich überwiegend Eingang in die Gigabitstrategie des Bundes gefunden.

Erste Überlegungen zur Potenzialanalyse wurden den Ländern erstmals am 5. August 2022 durch das beauftragte Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste GmbH (WIK) mitgeteilt. Am 19. August 2022 wird das WIK dem Land Rheinland-Pfalz nun vorstellen, wie sich die Potenzialanalyse des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr auf das Land auswirkt, bzw. welche Schlüsse hieraus für kommende Förderpotenziale zu ziehen sein könnten.

Hier muss sichergestellt sein, dass die Ausbauplanungen der TK-Unternehmen vollumfänglich Eingang in die Potenzialanalyse finden. Wenn die bisher bekannten Eckpunkte entsprechend angepasst werden, besteht die gute Chance, dass sich die Potenzialanalyse zu einem hilfreichen Werkzeug für alle Beteiligten entwickelt.

Erste Vorstellungen lassen vermuten, dass hier konzeptionell entsprechende Ergänzungen vorgenommen werden müssen. Sollten die Ausbauplanungen nämlich nicht berücksichtigt werden, würde dies die Aussagekraft der Potenzialanalyse erheblich schwächen und auch von dem zwischen Bund, Ländern und TK-Branche vereinbarten Vorgehen abweichen. Das erfolgreiche Ineinandergreifen von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau wird entscheidend von der 360-Grad-Sicht abhängen, die eine Potenzialanalyse liefern kann. Dazu ist es unerlässlich, dass die TK-Unternehmen auch der von ihnen favorisierten Potenzialanalyse Ausbau- und Planungsdaten – wie übrigens ursprünglich auch in Aussicht gestellt – zeitnah und kontinuierlich bereitstellen. Ansonsten bleibt die Aussagekraft der Analyse hinter den Erwartungen aller Stakeholder im Prozess zurück.

Mir ist bewusst, dass die TK-Unternehmen die Förderung ab dem 1. Januar 2023 weiterhin kritisch sehen und hierdurch Verwerfungen befürchten. Aus diesem Grund haben sich Länder und Bundesregierung bewusst auf eine Evaluation des nun gewählten Förderprozederes verständigt. Sollte dabei tatsächlich festgestellt werden, dass unerwünschte Effekte eintreten, wäre die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam gegenzusteuern. Gleichzeitig werden wir jedoch auch beobachten müssen, wie die TK-Branche ihre Investitionszusage in Höhe von 50 Milliarden Euro umsetzt. Auch wird zu berücksichtigen sein, wie gut und schnell es gelingt, vorhandene Mittel in Ausbaufortschritte zu verwandeln.

Das Land Rheinland-Pfalz arbeitet seit einiger Zeit an der Erstellung flächendeckender Netzdetailplanungen, die im landeseigenen Daten-Informations-Portal (DIP) zusammen mit weiteren für den Breitbandausbau relevanten Daten zusammengeführt werden. In einem zwischen dem Land und den TK-Unternehmen geschlossenen Statement of Intent wurde darüber hinaus die Bereitstellung weiterer, relevanter Daten vereinbart, die dann – in anonymisierter



Form – einem streng regulierten kommunalen Kreis für Planungen im jeweiligen Gemeindegebiet zur Verfügung stehen.

Eine transparente und umfassende Sicht auf Versorgungs- und Ausbaudaten ist das wirksamste Instrument für die maximale Entfaltung eigenwirtschaftlichen Ausbaus. Länder und Kommunen haben kein Interesse, den eigenwirtschaftlichen Ausbau durch Fördermaßnahmen zu verdrängen. Dies zeigt auch die derzeitige Dynamik beim Ausbau der digitalen Netze.

Wir sehen beispielsweise in Rheinland-Pfalz sowohl beim Mobilfunk als auch beim Glasfaserausbau eine hohe eigenwirtschaftliche Ausbaudynamik. Das ist aus Sicht des Landes zu begrüßen. Zum Teil sind Kommunen mit zwei ausbauwilligen Unternehmen konfrontiert. Wir werten das als ein Funktionieren des Marktes. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir auch die Investitionszusage der TK-Branche in Höhe von rund 50 Milliarden Euro. Doch gerade bei dieser Dynamik muss gelten, dass auch die Bauarbeiten qualitativ hochwertig erfolgen und die TK-Unternehmen einen störungsfreien Ablauf dieser Bauarbeiten in den Kommunen vor Ort garantieren müssen. Wo dies nicht der Fall ist, stört es die Akzeptanz des dringend notwendigen Ausbaus erheblich.

Entscheidend dafür, dass die Dynamik und Geschwindigkeit im Ausbau der digitalen Netze aufrechterhalten und die am Markt verfügbaren Mittel investiert werden, ist, dass die notwendigen Verfahren und Prozesse auf Seiten aller Beteiligten – hier nenne ich auch die Unternehmen – beschleunigt werden.

Einen wichtigen Baustein bildet das digitale Antrags- und Genehmigungsverfahren nach § 127 TKG Abs. 1-3, 6-8. Mit dem OZG-Breitband-Portal liegt dafür eine einsatz- und nachnutzungsbereite, vollständig digitalisierte Lösung vom Antrag bis zum Bescheid vor, die weit über den OZG-Standard hinausgeht und vor allem eine effiziente Sachbearbeitung in den Kommunen unterstützt. Erstmals ist das Antragsverfahren medienbruchfrei möglich, auch für kleinere Kommunen, die kein Fachverfahren nutzen. Die Anbindung bestehender Fachverfahren ist grundsätzlich möglich. Das Verfahren wurde in einem breiten Beteiligungsprozess mit der TK-Branche, den kommunalen Spitzen und weiteren Stakeholdern erarbeitet.

Das OZG-Breitband-Projekt ist einsatzbereit und steht seit kurzem auch bundesweit für den produktiven Einsatz zur Verfügung. Die Lösung gehört damit zu den am weitesten fortgeschrittenen EfA-Verfahren und zählt zu den ersten, die im FIT-STORE zur Nachnutzung bereitstanden. In den die Leistung entwickelnden Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz hat der Rollout bereits begonnen. Zurzeit werden die Kommunen geschult. Die Lösung hat eine hohe Akzeptanz bei den Bundesländern. Derzeit haben zehn Bundesländer durch Letter of Intent ihre Absicht bekundet, das Breitband-Portal zu nutzen. Durch weitgehende Digitalisierung und Automatisierung des Rollouts können in kurzer Zeit viele Kommunen angebunden werden.



(z.B. digitaler Registrierungsprozess, E-Learning). Der Einsatz des Systems ist überdies im großen Interesse der TK-Unternehmen, die von Beginn an bei der Umsetzung eingebunden waren. Als zentrales Instrument zur Beschleunigung des bundesweit gestarteten Glasfaserausbaus findet sich die Lösung zu Recht auch in der Gigabitstrategie des Bundes wieder. Es ist gut, dass wir dieses Element der Gigabitstrategie bereits heute flächendeckend zur Nachnutzung bereitstellen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin mir sicher, dass wir – Bund, Länder und TK-Branche – die Ziele der Gigabitstrategie des Bundes zusammen mit der des Landes umsetzen können, wenn wir alle gemeinsam hieran arbeiten und uns als Team verstehen. Daher begrüße ich das Vorhaben des Bundes, die Länder bei der Umsetzung der Gigabitstrategie weiterhin auf den verschiedenen Ebenen regelmäßig und frühzeitig in verschiedenen Formaten aktiv einbinden zu wollen. Das Land Rheinland-Pfalz wird die Umsetzung der Gigabitstrategie der Bunderegierung aktiv unterstützen.

Gerne stehe ich im Rahmen der Anhörung für Ihre Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Fedor Ruhose